

Sperrfrist: 15.5.1976 - 11.00 h.

Der schweizerische Beitrag an die Internationale Entwicklungs-
agentur (IDA)

R e f e r a t

von

Botschafter Paul R. Jolles, Direktor der Eidg. Handelsabteilung
an der Delegiertenversammlung der Schweizerischen Volkspartei vom
15. Mai 1976 in Bern

Das Schweizervolk ist aufgerufen, am 13. Juni über die Gewährung eines Darlehens von 200 Millionen Franken an die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA) zu befinden. Damit wird der Souverän erstmals zu einer Frage der Entwicklungszusammenarbeit Stellung nehmen können. Obwohl sich der Gegenstand dieser Abstimmungsvorlage auf das IDA-Darlehen beschränkt, wird dem Entscheid des Schweizervolkes eine grundsätzliche Bedeutung beigemessen werden. Die Haltung unseres Landes zu wichtigen Gegenwartsproblemen steht vor den Augen der Weltöffentlichkeit zur Diskussion. Welcher Stellenwert, politisch und wirtschaftlich, kommt der Entwicklungspolitik in der heutigen Weltlage und wirtschaftlichen Situation unseres Landes zu? Mit andern Worten: Kann die Anhängabe von Bundesmitteln in einer Grössenordnung von einigen 100 Millionen Franken an die Entwicklungsländer auch in einem Zeitpunkt gerechtfertigt werden, in dem der Bund zusätzliche Aufgaben zur Stützung der Konjunktur und Schaffung von Arbeitsplätzen so-

wie zur Verbesserung der sozialen Sicherheit zu erfüllen hat; denn es ist wohl selbstverständlich, dass angesichts eines Milliardendefizits der Bundeskasse die Prioritäten besonders sorgfältig und kritisch abgewogen werden müssen.

Die Entwicklungspolitik stellt kein neues Problem dar. Seit der Entkolonialisierungswelle nach dem Ersten Weltkrieg haben die Bemühungen eingesetzt, den Entwicklungsländern zu helfen, ihren gewaltigen wirtschaftlichen Rückstand aufzuholen, die Armut und den Hunger zu bekämpfen und Arbeitsplätze für eine rasch wachsende Bevölkerung zu schaffen. Diese Länder sollen in die Lage versetzt werden, die Produktivität ihrer Landwirtschaft zu steigern, Industrien aufzubauen und sich vermehrt in den Welthandel einzuschalten.

Auch unser Land beteiligt sich seit langem an der Entwicklungshilfe - in Form der technischen Zusammenarbeit durch Experten und Ausbildung, in Form handelspolitischer Massnahmen durch den Abschluss von Rohstoffabkommen und die zollbegünstigte Einfuhr der Produkte der jungen Industrien, in Form von Finanzhilfe durch Kreditgewährung an einzelne Länder oder an internationale Finanzierungsinstitute. Der wesentlichste Teil der Kapitalflüsse in die Entwicklungsländer geht allerdings vom Privatsektor aus, vor allem in Form von Direktinvestitionen, mit denen auch die Uebertragung von technischen Verfahren und die Ausbildung lokaler Kader verbunden ist.

Die internationale Entwicklungshilfe ist trotz einiger Fehlleistungen nicht wirkungslos verpufft. In zahlreichen Entwicklungsländern ist ein rascheres Wirtschaftswachstum ausgelöst worden, so dass sie

von Hilfeleistungen unabhängig werden; andere, auf die etwa die Hälfte der Bevölkerung der Dritten Welt entfällt - eine Milliarde Menschen -, sind jedoch weiterhin zurückgeblieben und durch die allgemeine Rezession und die Verteuerung der Energie wie auch der Industrieprodukte äusserst hart betroffen worden. Es ist wohl ein unbestrittenes Gebot der Menschlichkeit und der sozialen Verantwortung, dass diesen Völkern, auch wenn sie zum Teil ihre politische Stabilität noch nicht gefunden haben, nach Möglichkeit geholfen wird.

Heute steht die Entwicklungspolitik in einem neuen Zusammenhang. Sie ist unmittelbar mit unserer eigenen wirtschaftlichen Zukunft verbunden. Die Energiekrise hat schlagartig und in brutaler Weise gezeigt, wie gross die Abhängigkeit der Industriestaaten von den Erdölproduzenten ist. Diese sind aber ihrerseits auf unsere Technik angewiesen, um ihre Wirtschaft zu diversifizieren und von den Erdölexporten auf den Zeitpunkt hin unabhängig zu machen, in dem diese Bodenschätze erschöpft sein werden. Wir wiederum bedürfen der zukunftssträchtigen Märkte der Dritten Welt, um unsere Waren und Dienstleistungen absetzen zu können, denn das Wirtschaftswachstum in den westlichen Staaten wird auf lange Zeit hinaus langsamer ausfallen als bisher und die Beschäftigungslage unserer Exportindustrie nicht mehr zu sichern vermögen. Umgekehrt bestimmt die Wirtschaftstätigkeit in unsern Ländern die Absatzmöglichkeit und damit die Devisenerlöse der rohstoffproduzierenden Entwicklungsländer. Mit einem Wort: die Weltwirtschaft ist unteilbar geworden.

Dies ist der Grund, weshalb seit einem Jahr in den Vereinten Nationen, an der Pariser Nord-Süd-Konferenz und seit einer Woche an der gros-

sen Welthandels- und Entwicklungskonferenz in Nairobi nach Lösungen gesucht wird, um die Weltwirtschaftsbeziehungen zu verbessern. Da sterile Diskussionen und gegenseitige Anschuldigungen keine Lösungen herbeiführen, ist unter dem Druck der Verhältnisse jetzt deutlich der Wunsch nach Verständigung zu verspüren.

Wie steht die Schweiz in der Entwicklungspolitik? Unbelastet, denn wir haben keine koloniale Vergangenheit gutzumachen und keine politischen Einflussphären zu verteidigen; aufgeschlossen, denn wir sind der Menschlichkeit und Humanität verpflichtet und haben als neutrales Land ein Interesse am Abbau der politischen Spannungen; aktiv, denn wir sind stärker als andere Staaten auf die wirtschaftliche Partnerschaft mit den Entwicklungsländern angewiesen.

Ob wir es wollen oder nicht, die Schweiz ist wegen der Kleinheit ihres Marktes und der Rohstoffarmut mit der Aussenwelt eng verflochten. Unsere Binnenwirtschaft, ja sogar die Landwirtschaft, können ohne die Aussenwirtschaft nicht gedeihen. Die Rezession hat gezeigt, welche entscheidende Bedeutung dem Export zukommt.

Ein Viertel unserer Warenausfuhr, rund 9 Milliarden Franken, geht in die Entwicklungsländer; pro Kopf der Bevölkerung exportiert die Schweiz mehr Waren und Dienstleistungen in die Dritte Welt als jedes andere Land. Für Energie und viele Rohstoffe - wie Kupfer, Zinn, Tee und Kaffee - ist sie auf die Versorgung aus den Entwicklungsländern angewiesen. Entsprechend gross ist unsere Verwundbarkeit gegenüber protektionistischen Massnahmen aus Zahlungsbilanzgründen. Wie stark unser Interesse an der Aufrechterhaltung der Import- und Zahlungs-

fähigkeit der Entwicklungsländer ist, geht auch daraus hervor, dass der Bund ein Risiko von 5 Milliarden Franken aus der Gewährung der Exportrisikogarantie an diese Länder trägt. Eine Garantie, die in vermehrtem Masse von Klein- und Mittelbetrieben in Anspruch genommen wird, die auf den Märkten der Dritten Welt Fuss zu fassen suchen.

Dies führt uns nun zur Rolle, die dem IDA-Kredit im Rahmen der Entwicklungspolitik heute zukommt. Die IDA ist ein Fonds der Weltbank, aus dem den ärmsten Entwicklungsländern zinslose Kredite mit einer ausserordentlich langen Laufzeit von 50 Jahren zur Verfügung gestellt werden. Nur so kann vermieden werden, dass die erdrückende Aussenverschuldung der Entwicklungsländer - sie wird heute auf 140 Milliarden Dollar geschätzt - nicht weiter ansteigt. Alle Länder, die der Weltbank angehören - nicht nur die westlichen Industrieländer, sondern auch die Erdölproduzenten - müssen sich an der periodischen Aufstockung der Mittel dieses Fonds beteiligen und haben regelmässig beschlossen, ihre Beiträge zu erhöhen. Die Schweiz, die weder den Vereinten Nationen noch der Weltbank angehört, ist dazu nicht verpflichtet. Wir haben uns jedoch zur Leistung freiwilliger Beiträge entschlossen, weil unsere neutralitätspolitische Sonderstellung, deren Glaubwürdigkeit wir unbedingt erhalten wollen, nicht den Vorwand für einen Verzicht auf unbequeme finanzielle Leistungen darstellen darf, die von der gesamten Völkergemeinschaft als notwendig erachtet und in solidarischer Weise erbracht werden. Dies würde uns auch deshalb besonders schlecht anstehen, weil die schweizerische öffentliche Entwicklungshilfe beschämend bescheiden ist. Mit einem Gesamtbetrag von rund 200 Millionen Franken pro Jahr - technische Hilfe, bilaterale und multilaterale

Finanzhilfe zusammengerechnet - was einem Anteil von 0,14 % des Brutto-
sozialproduktes entspricht, nimmt die Schweiz, heute pro Kopf das
reichste Industrieland, den letzten Platz unter den Geberstaaten ein.
Sie muss deshalb das Wenige, was sie einbringen kann, in einer Form
gewähren, die entwicklungspolitisch am grosszügigsten ist.

Zudem entspricht die Tätigkeit der IDA den im neuen schweizerischen
Entwicklungsgesetz aufgestellten Zielsetzungen, wonach die schweize-
rische Entwicklungshilfe sich auf die ärmsten Entwicklungsländer und
Bevölkerungsschichten konzentrieren soll. Dieses Gesetz schreibt fer-
ner vor, dass die schweizerischen Leistungen vor allem die Entwick-
lung ländlicher Gebiete, die Verbesserung der Ernährungslage, das
Handwerk und die örtliche Kleinindustrie zu fördern haben. Genau die-
sen Zwecken dient unser Darlehen an die IDA.

Die von der IDA im Vorjahr zinslos finanzierten Projekte entfielen zu
rund 30 % auf die Land- und Forstwirtschaft sowie die Fischerei, 21 %
auf das Verkehrswesen, 7 % auf den Energiesektor und 18 % auf soge-
nannte Programmkredite. Das Schwergewicht liegt demnach heute eindeutig
auf der Förderung der Landwirtschaft, der ländlichen Gebiete und der
Ausbildung der ländlichen Bevölkerungsschichten. Es werden aber auch
neuere Bedürfnisse, wie die Hilfe für Bevölkerungsprogramme und die
Verbesserung der Lebensbedingungen für die grossen Massen in den
Städten vermehrt berücksichtigt.

Die Tätigkeit der IDA ist somit, dank dem Ausmass der gewährten Kre-
dite, der sehr weichen Bedingungen sowie der gezielten Ausrichtung
von grundlegender Bedeutung für die Entwicklung der ärmsten Länder.

Seit dem Beginn ihrer Arbeit bis 1975 hat die IDA in 68 Ländern Kredite für mehr als 9 Milliarden Dollar gewährt. Zur Zeit werden 48 Entwicklungsländer mittels IDA-Krediten unterstützt; ihre Einwohnerzahl entspricht 55 % der Bevölkerung der Entwicklungsländer oder 90 % der Bevölkerung der Länder mit einem jährlichen Bruttosozialprodukt pro Kopf von weniger als 200 Dollar.

Ueber ihre Unterstützung der IDA kann somit die Schweiz wirksam an die Realisierung von komplizierten und umfangreichen Projekten in den ärmsten Entwicklungsländern beitragen, was sie allein nicht durchführen könnte. Dank ihrer jahrelangen umfassenden Tätigkeit - sie realisierte bis heute rund 600 Projekte - besitzt die IDA für alle Entwicklungsländer eine überaus grosse Erfahrung. Durch den täglichen Einsatz - auch im Entwicklungsland selbst - von Spezialistenteams ist auch die Kontrolle über die Verwendung der von der IDA zugestandenen Kredite sichergestellt. Gewährt nämlich die IDA einen Kredit, so überlässt sie ihn dem Kreditnehmer nicht zur freien Verwendung. Vielmehr zahlt sie den Kreditbetrag in Raten aus, und zwar direkt an die Lieferanten zur Begleichung der Rechnungen oder an den Kreditnehmer für bereits geleistete und genau belegte Zahlungen. Ein Missbrauch ist somit kaum möglich.

* *
 *
 *

Lassen Sie mich zum Schluss die wesentlichen Punkte kurz zusammenfassen: Unser Darlehen an die IDA bildet ein wichtiges Element unserer

Entwicklungszusammenarbeit. Es fügt sich in die vom Parlament bestimmten Zielsetzungen unserer Entwicklungszusammenarbeit ein, indem es die Verwirklichung von Projekten in den ärmsten Entwicklungsländern ermöglicht, die den elementarsten Bedürfnissen der unteren Bevölkerungsschichten entsprechen. Wir können einer Aktion, an der sich alle Industriestaaten beteiligen, nicht abseitsstehen, umso mehr als diese lang- und kurzfristig in unserem eigenen wirtschaftlichen Interesse liegt. Das Darlehen trägt zur Aufrechterhaltung der Glaubwürdigkeit unseres Solidaritätsprinzipes bei. Das Ansehen der Schweiz in einer interdependent gewordenen Welt wird von der Haltung des Soveräns in dieser wichtigen Frage in hohem Masse bestimmt werden.